



»Löhne hoch, Mieten runter!« Steht am 1. Mai ganz oben auf der Agenda: das Thema Wohnen

Leben heißt wohnen

Wer arbeiten soll, braucht ein Dach über dem Kopf. Leonie Knoll zum 1. Mai mit der DGB-Jugend.

Fachkräftemangel ist in aller Munde und seit einiger Zeit wird er auch mit jungen Menschen in Verbindung gebracht: zu faul, zu anspruchsvoll – die Jugend bräuchte wieder mal so richtig »Bock auf Arbeit«. Gutes Stichwort: Damit sollen die Jungen das ausbaden, was Generationen vor ihnen verbockt haben, und sich für das Wohl der deutschen Wirtschaft ausbeuten lassen.

Was dabei außer Betracht gelassen wird: Junge Menschen zwischen 18 und 25 Jahren sind die am stärksten von Armut betroffene Altersgruppe in Deutschland. Die Inflation tut ihr Übriges, die Jugend wird von ihr besonders getroffen. Aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Situation müssen die Jungen eine dreibis viermal höhere Teuerungsrate als Menschen mit hohem Einkommen verkraften.

Für viele junge Menschen sind Mieten in den Ballungsräumen nicht mehr finanzierbar. Während es für Studierende wenigstens Studierendenwohnheime gibt (wenn auch nicht ausreichend), findet sich so gut wie nichts für Auszubildende. Um ein Beispiel aufzumachen: Die durchschnittliche Miete für ein WG-Zimmer in Stuttgart liegt bei 560 Euro, die gesetzlich vorgeschriebene Mindestvergütung für Auszubildende derzeit bei 649 Euro – brutto! Rechnen gern mal nach – da bleibt nichts über.

Man muss es sehr deutlich sagen: Diese Situation ist für Auszubildende nicht auszuhalten. Ein selbstbestimmtes und gutes Leben

können nur die führen, die wenigstens wissen, dass sie den Monat finanziell stemmen können. Und das ist das Problem: Man überlegt sich mehrmals, ob man eine Ausbildung anfängt, wenn man sich keine Wohnung leisten kann und im schlimmsten Fall die öffentliche Infrastruktur es nicht hergibt zu pendeln – und das ist ein Trauerspiel für Politik und Gesellschaft!

Die Regierung in unserem Bundesland Baden-Württemberg etwa hat sich hierbei auch nicht sonderlich mit Ruhm bekleckert. Anstatt genau diesem Missstand entgegenzusteuern, hat man die Chance verpasst, rechtzeitig eine Förderrichtlinie für das Bund-Länder-Programm Junges Wohnen zu erstellen – und die Gelder, die im Jahr 2023 für Azubiwohnen gedacht waren, kurzerhand in die Eigentumsförderung überführt. Bedeutet im Klartext: Man hat sich nicht darum geschert, was mit Wohnraum für junge Fachkräfte ist. Und jetzt können Privatpersonen mit den Mitteln gefördert werden, damit sie sich ein Eigenheim bauen können.

Dieses Vorgehen steht stellvertretend für ein großes Problem: Es werden immer mehr Erwartungen an junge Menschen gestellt, allerdings wird nichts dafür getan, sie zu unterstützen. Die Politik muss handeln – und jetzt das Thema Azubiwohnen auf die Agenda setzen! Deshalb fordern wir zum 1. Mai: Ihr wollt mehr Bock auf Arbeit? Dann gebt uns Wohnraum! ▀



Leonie Knoll ist DGB-Bezirksjugendsekretärin in Baden-Württemberg.

Ausgabe April 2024

inhalt

3 thema

Die Europawahl und die Jugendbildung

4 schule, ausbildung, studium + beruf

Tarifliche Ausbildungsvergütungen

5 azubi-ratgeberin

Qualität und Sicherheit in der Ausbildung

6 projekte/dgb

Der JAV-Preis der DGB-Jugend
Die Jahresziele des DGB

7 bezirke + gewerkschaften

Das duale Studium in Sachsen

Mitmachen jetzt

Der DGB ruft dazu auf, gegen braunes Gedankengut auf die Straße zu gehen. Und sagt, wo gerade was abgeht.

www.dgb.de/jetzt



Generation Z und Arbeit



Der Generation Z, laut Geldblatt »Capital« der »Bremsklotz für die Konjunktur«, wird in Sachen Arbeit ein ziemlicher Hang zu umfangreicher Work-Life-Balance zugeschrieben. Ob das stimmt? Das IAB hat die Daten und Fakten zu den jungen Arbeitnehmer*innen.

<https://iab.de/dossier/?id=20956>

Youtube mit dem EGI

Das Europäische Gewerkschaftsinstitut – EGI betreibt einen eigenen Youtube-Kanal mit Webinaren und spannenden Talks.



<https://www.youtube.com/@ETUIBrussels>

Umwelt und Technik

Neue Berufe // Vier Ausbildungsberufe rund um die Umwelt sind neu geordnet worden:

- Die Umwelttechnolog*innen für Wasserversorgung lösen die Fachkräfte für Wasserversorgungstechnik ab,
- die Umwelttechnolog*innen für Abwasserbewirtschaftung die Fachkräfte für Abwassertechnik,
- die Umwelttechnolog*innen für Kreislauf- und Abfallwirtschaft die bisherigen Fachkräfte für Kreislauf- und Abfallwirtschaft,
- die Umwelttechnolog*innen für Rohrleitungsnetze und Industrieanlagen ersetzen die bisherigen Fachkräfte für Rohr-, Kanal- und Industrieservice.



Foto: Berliner Wasserbetriebe / Malte Jäger

Erhalten bleiben die gemeinsamen Kernqualifikationen. Deren Unterrichtung wird zeitlich verkürzt, wodurch mehr Raum für die berufsspezifischen Inhalte bleiben soll. Geändert wird die Prüfungsstruktur: In allen vier Berufen werden nach dem ersten Ausbildungsjahr die Kernqualifikationen abgefragt. Der zweite Prüfungsteil zum Ende der Berufsausbildung umfasst die berufsspezifischen Inhalte.

Azubi-Stipendien

Förderprogramm // Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert mit Pilotprojekten erstmals Stipendienangebote für Auszubildende. Auch die gewerkschaftliche Hans-Böckler-Stiftung ist beteiligt.



Foto: HBS

Mit der Öffnung der Begabtenförderungswerke sollen deren Angebote und finanzielle Unterstützung auch beruflichen Talenten zugutekommen. Bewerbungen sind vor der bzw. im frühen Verlauf der Ausbildung direkt bei den beteiligten Werken möglich. Die Angebote für Auszubildende umfassen eine finanzielle Förderung von 300 Euro monatlich sowie eine ideale Förderung zur Persönlichkeitsentwicklung und Vernetzung. Auch Auslandsaufenthalte sind geplant. Fachkräfte mit bereits abgeschlossener Berufsausbildung sollen ebenfalls profitieren.

Weitere Infos: <https://t1p.de/2ncmd>

Mehr Wende

Tarifpolitik // 62 Prozent der Beschäftigten – bei den 18 bis 39-Jährigen sind es sogar 69 Prozent – stimmen dafür, dass der Staat sich stärker für eine höhere Tarifbindung einsetzen soll, auch durch entsprechende Gesetze. Das zeigt eine repräsentative DGB-Umfrage. Fast zwei Drittel (64 Prozent) der Befragten bewerten es demnach als schlecht, dass die Tarifbindung derzeit abnimmt, es also immer weniger Tarifverträge in deutschen Unternehmen gibt. Damit bekommt die Debatte um das im Koalitionsvertrag angekündigte Bundestariftreugesetz neuen Schwung. DGB-Vorstandsmitglied **Stefan Körzell**: »Das ist ein eindeutiger Handlungsauftrag.«



S. Körzell

Die Bundesregierung hatte in ihrem Koalitionsvertrag eine wirksame Bundestariftreuregelung versprochen, um die Tarifbindung zu stärken. Trotz mehrfacher Signale aus der Koalition liegt dafür aber immer noch kein Referentenentwurf vor.

Weitere Infos: www.dgb.de/-/B19

Zu wenig Mittel

Startchancenprogramm // Das Startchancen-Programm von Bund und Ländern soll den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft entkoppeln und mehr Chancengerechtigkeit in der schulischen Bildung ermöglichen. Dafür stellen der Bund und die Länder über zehn Jahre bis zu 20 Milliarden Euro bereit. Zum Schuljahresbeginn 2024/25 soll es losgehen. Die GEW begrüßt die Verständigung von Bund und Ländern zum Startchancenprogramm grundsätzlich. »Es ist gelungen, dass ein Teil der Gelder nach Sozialindex verteilt wird. Das ist im Vergleich zur Vergangenheit und der Mittelvergabe nach dem »Königsteiner Schlüssel« ein echter Durchbruch.



M. Finnern

Endlich kann ein Teil der Gelder zielgerichtet dort eingesetzt werden, wo er am meisten benötigt wird: in armen Stadtvierteln und Regionen, für arme Familien«, sagt die GEW-Vorsitzende **Maïke Finnern**. Es würden jedoch deutlich zu wenig Mittel bereitgestellt. Der Anteil der Gelder, die bedarfsgerecht verteilt werden sollen, sei viel zu niedrig. Das Startchancenprogramm erreiche nur rund zehn Prozent aller Schüler*innen. Gut 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen seien jedoch arm oder armutsgefährdet.

Weitere Infos: www.gew.de

Die Jugend verbessern



Gesundheit // Corona, Krieg und Energieprobleme: Die 27 EU-Jugendminister*innen machen sich für einen umfassenden Ansatz zur Gesundheit junger Menschen stark. Maßnahmen zur Verbesserung der psychischen Stabilität junger Menschen sollen ebenso gefördert werden wie die Jugendarbeit. Ein besonderes Augenmerk liegt auf einem gesünderen digitalen Umfeld.

Weitere Infos: <https://t1p.de/nvpyc>

Volker Roßocha †

Unser Beileid // **Volker Roßocha**, seit vielen Jahren beim DGB, ist im Februar 2024 nach langer Krankheit gestorben. »Wir erinnern uns an einen Menschen, der sein Leben im Dienst der Menschenwürde verbrachte. Er setzte sich seit seiner Jugendzeit für gleiche Rechte für alle ein und kämpfte gegen Rassismus und Rechtsextremismus«, schreiben **Dietmar Schäfers** und **Kludia Tietze** vom gewerkschaftlichen Kumpelverein »Die Gelbe Hand«. Dort war Volker bis zum Schluss aktives Fördermitglied.



V. Roßocha

Er hatte im DGB großen Anteil an der Entwicklung zeitgemäßer Positionen zur Migration. In den 1990er Jahren war Volker DGB-Bundesjugendsekretär und hat die Arbeit der DGB-Jugend maßgeblich geprägt. »Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Familie und den Angehörigen«, sagt DGB-Bundesjugendsekretär **Kristof Becker**.



Foto: Anne Neier

J. Kensy

Klare Kante

O-Ton // »Prüft endlich ein AFD-Verbot!«

Der Vorsitzende der ver.di Jugend, **Joshua Kensy**, findet starke Worte zum gesellschaftlichen Rechtsruck.

Personalabteilung

Anthea Waldmann ist in der Abteilung Jugend und Jugendpolitik beim DGB-Bundesvorstand für Arbeit in Sachen Jugend- und Auszubildendenvertretungen und digitale Kommunikation zuständig. Sie folgt auf **Konstantin Kohl**.



A. Waldmann



C. Stübenrath

Caja Stübenrath ist die neue DGB-Bezirksjugendsekretärin in Rheinland-Pfalz. Sie folgt auf **Maria Leurs**.

Impressum

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: Kristof Becker

Herausgeber: DGB Bundesvorstand, Abteilung Jugend und Jugendpolitik, Keithstraße 1, 10787 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 - 172, Fax: - 226

Redaktion: Jürgen Kiontke, E-Mail: juergen.kiontke@dgb.de

Internet: jugend.dgb.de
Grafik: Heiko von Schrenk

Aboverwaltung: Daniela Linke,
E-Mail: daniela.linke@dgb.de

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

Gefördert vom:



März 2024

Der gewerkschaftliche Blick

Engagement: Die DGB-Jugendbildung nimmt das Wahljahr 2024 ernst. Mit dem neuen Methodenheft für Aktive seid ihr bestens vorbereitet. Von Kerstin Sernatinger

Ein Planspiel im Wahljahr

Pünktlich zum Wahljahr 2024 ist das neue Methodenheft des Projekts »Für eine starke Demokratie in der beruflichen Bildung« erschienen. »Wir haben die Wahl(en)« lädt mit einem Planspiel dazu ein, insbesondere junge Menschen zu ermutigen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Dieses Jahr ist das Superwahljahr: Fast die Hälfte der Weltbevölkerung darf 2024 an die Urnen. So sind auch deutsche Bürger*innen gleich mehrmals aufgefordert: Kommunal-, Landtags- und Europawahl rufen mit ihren Stimmzetteln. Als Gewerkschafter*innen sind wir der Überzeugung, dass Wahlen ein probates Mittel sind, auf einfache Weise demokratisch in unserer Gesellschaft mitzuwirken. Daher wollen wir besonders junge Menschen zur Mitbestimmung auf betrieblicher und gesellschaftlicher Ebene aktivieren.

Doch wie können wir Kolleg*innen davon überzeugen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen? In unserem neuen Methodenheft thematisieren wir Herausforderungen und zeigen euch, wie ihr gemeinsam mit euren Teilnehmenden Lösungswege findet.

Wissen erweitern und vermitteln

Das Heft richtet sich an Multiplikator*innen, die in ihren Gremien, mit Kolleg*innen im Betrieb, in der Dienststelle oder Berufsschule an das Thema Wahlen heranführen und ihr eigenes Wissen vertiefen wollen. Einführende Texte und ein Nachschlagewerk mit weiterführenden Links unterstützen euch als Teamer*innen.

Orientiert am Peer-to-Peer-Ansatz unseres Projekts richten sich die Methoden nach der bewährten ZIM-Struktur (Ziel-Inhalt-Methode),

»Wir bekräftigen die Legitimität der Interessen junger Menschen, die es gegenüber der Politik zu vertreten gilt«: das ideale Methodenheft für alle, die ehren- oder hauptamtlich in der Gewerkschaftsjugend tätig sind oder aktiv in der Mitbestimmung



die durch die dazugehörigen Übungsbeschreibungen ergänzt wird.

Damit das Planspiel in unterschiedlichen Situationen Einsatz findet, bietet es verschiedene Zeitumfänge. (Fast) alle Methoden können in einem Projekttag oder Zweitages-Seminar umgesetzt werden. Das Planspiel allein ist sogar in nur 90 Minuten zu schaffen.

Wählen als Planspiel

Die Handreichung beinhaltet Methoden, mit denen Teilnehmende den Prozess eines Wahlvorgangs nicht nur verstehen, sondern auch durchlaufen. Das Planspiel bildet daher das Kernstück des Hefts. Hierbei schlüpfen die Teilnehmenden in die Rollen von Presse, Lobbyverbänden und Parteien, blicken aber auch aus der Perspektive (junger) Arbeitnehmer*innen und der Gewerkschaften auf einen exemplarischen Wahlprozess. Spielerisch durchleben sie die typischen Stationen einer Wahl: In einem kleinen Wahlprogramm bekunden sie ihre Interessen und stellen Forderungen auf, für die sie sich dann im Wahlkampf einsetzen. Eine Debatte unterstützt die Teilnehmenden in ihrer Entscheidungsfindung. Mit dem Urnengang und der Bekanntgabe des Wahlergebnisses endet schließlich das Planspiel.

In einer anschließenden Übung reflektieren die Teilnehmenden ihre eingenommenen Rollen und stellen einen Bezug zur Realität her. Ziel des Planspiels ist es zunächst, dass sie die einzelnen Schritte einer Wahl verstehen. Auch sollen sie sich ihrer persönlichen und beruflichen Anliegen bewusst werden und erkennen, dass es Parteien gibt, die für ihre Interessen einstehen. Nicht zuletzt soll das Planspiel die Teilnehmenden davon überzeugen, dass Wahlen zu Veränderungen führen können und die eigene Stimme zum Wahlerfolg beiträgt.

Kontext herstellen

Das Methodenheft thematisiert keine spezifischen Wahlen, sondern legt vielmehr Wert auf ein grundsätzliches Verständnis des Wahlvorgangs und die Sensibilisierung der Teilnehmenden dafür, dass Wahlen ein Teil demokratischer Mitbestimmung sind. Die Auswertung des Planspiels lädt dann dazu ein, den Bezug zu bevorstehenden Wahlen herzustellen. Darüber hi-



Kerstin Sernatinger ist Bildungsreferentin der Jugendbildung im DGB-Bildungswerk mit Schwerpunkt »Starke Demokratie«

Foto: KNSY

naus ist das Spiel so konzipiert, dass das Team es auf reale Wahlen anpassen und einen aktuellen Bezug zu Kommunal-, Landtags- und Europawahl oder auch zu einer Wahl der Jugend- und Auszubildendenvertretung herstellen kann. Dies ermöglicht auch, die Kampagnenarbeit miteinzubeziehen. Rollenkarten können leicht umgeschrieben, ersetzt und durch regionale Parteien oder Lobbyverbände ergänzt werden.

Vermittelte Ziele

Das grundlegende Ziel unseres Methodenhefts ist die Vermittlung theoretischen Wissens zu Grundsätzen von Wahlen und der repräsentativen Funktion gewählter Vertreter*innen. Zudem bekräftigen wir die Legitimität der Interessen junger Menschen, die es gegenüber der Politik zu vertreten gilt. Die Übungen laden die Teilnehmenden dazu ein, sie mit ihrer eigenen Lebens- und Arbeitswelt sowie (gesellschafts-) politischen Positionen zu verknüpfen und dadurch Politik als weniger abstrakt wahrzunehmen. Gleichzeitig spüren sie die Wirkmacht von Lobbyismus und Gewerkschaften, sodass sie sich über ihre Selbstwirksamkeit klarwerden und sich selbst einmischen können. Dabei schärft sich der Gedanke einer Solidargemeinschaft.

Lasst uns gemeinsam der Ohnmacht und den rechten Kräften Demokratie entgegensetzen. Denn wir haben die Wahl! ▀

»Wir haben die Wahl(en)« kann als Print-Heft beim Projekt angefragt oder gratis online heruntergeladen werden unter: www.demokratieforderung-beruflichebildung.de

Inflation und reguläres Einkommen

BIBB-Auswertung: Die tariflichen Ausbildungsvergütungen schwanken wie die ökonomische Situation.

West höher als Ost

Die tariflichen Ausbildungsvergütungen in Deutschland sind 2023 im Vergleich zum Vorjahr im bundesweiten Durchschnitt um 3,7 Prozent gestiegen. Damit lag der Anstieg unterhalb des Vorjahresniveaus (4,2 Prozent). Die Auszubildenden in tarifgebundenen Betrieben erhielten im Durchschnitt über alle Ausbildungsjahre hinweg 1.066 Euro brutto im Monat. Für Auszubildende in Westdeutschland ergab sich mit 1.068 Euro ein leicht höherer Durchschnittswert als für ostdeutsche Auszubildende mit 1.042 Euro. Die Werte hat das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) zum Stichtag am 1. Oktober 2023 ermittelt.

BIBB-Daten für 173 Berufe

Aufgrund der hohen Inflation mussten die Auszubildenden – so wie die meisten Arbeitnehmer*innen – wie bereits 2022 und 2021 Reallohnverluste hinnehmen. Etwaige Sonderzahlungen wurden aber in die Berechnungen nicht miteinbezogen.

Für 173 Berufe in West- und 110 Berufe in Ostdeutschland liegen Ergebnisse in der BIBB-Datenbank vor. Die im gesamtdeutschen Durchschnitt höchsten tariflichen Ausbildungsver-

gütungen wurden im Beruf Milchtechnolog*in mit monatlich 1.307 Euro gezahlt. Die Zimmerleute, der Spitzenreiter der Vorjahre, landeten mit 1.264 Euro auf Platz zwei.

In 13 Berufen lagen die tariflichen Vergütungen im Durchschnitt über alle Ausbildungsjahre hinweg bei 1.200 Euro oder mehr. Hier finden sich neben den genannten Berufen vor allem Berufe aus dem Baugewerbe wie Maurer*in (1.229 Euro) oder Rohrleitungsbauer*in (1.250 Euro). Insgesamt erhielten etwa zwei Drittel der Auszubildenden, die in einem tarifgebundenen Betrieb lernten, 2023 eine Ausbildungsvergütung von mehr als 1.000 Euro, fast ein Drittel sogar mehr als 1.150 Euro.

Handwerk und so

Bei rund zehn Prozent der Auszubildenden lagen die tariflichen Ausbildungsvergütungen 2023 unterhalb von 850 Euro. 14 Berufe lagen unter 900 Euro. Die meisten dieser Berufe gehören zum Handwerk, etwa Maler*in und Lackierer*in (891 Euro), Schornsteinfeger*in (847 Euro) oder Friseur*in (691 Euro), dem Beruf mit den insgesamt niedrigsten tariflichen Ausbildungsvergütungen. Weil die Bäcker*innen zuletzt einen guten Tarifabschluss verzeichnen konnten, gab es bei ihnen einen deutlichen Sprung

von 782 auf 970 Euro – damit gehören sie nicht mehr zu den Berufen mit besonders niedrigen durchschnittlichen tariflichen Vergütungen.

Große Unterschiede

Zwischen den Ausbildungsbereichen unterschieden sich die Vergütungen immer noch deutlich. Über dem gesamtdeutschen Durchschnitt von 1.066 Euro lagen die tariflichen Ausbildungsvergütungen im öffentlichen Dienst (1.128 Euro), in den Berufen von Industrie und Handel (1.113 Euro), in der Hauswirtschaft (1.086 Euro) und in der Landwirtschaft (1.079 Euro), darunter lagen sie im Handwerk (983 Euro) und in den freien Berufen (979 Euro). **■**

Weitere Infos: www.bibb.de/ausbildungsverguetung



Viel zu tun in der Ausbildung – 2023 gab es einen leicht stärkeren Anstieg bei den Vergütungen

Foto: BIBB/ZKF

Tarifnachrichten für Auszubildende und junge Beschäftigte

Hotel und Gastro Brandenburg

Die NGG und der Arbeitgeberverband DEHOGA Brandenburg haben sich auf eine Erhöhung der Entgelte für die Beschäftigten in den tarifgebundenen Betrieben im Brandenburger Hotel- und Gaststättengewerbe verständigt. Die Löhne und Gehälter stiegen zu Beginn des Jahres um neun Prozent in den

untersten beiden Tarifgruppen und um zwölf Prozent für alle anderen Entgelt-

gruppen. Zum 1. Mai 2025 gibt es weitere acht Prozent. Der Lohn von Fachkräften steigt somit um mindestens 470 Euro brutto im Monat. Die Ausbildungsvergütungen erhöhen sich in der Laufzeit in zwei Schritten um 200 bis 250 Euro je nach Ausbildungsjahr. Laufzeit: bis zum 31. Dezember 2025.

www.ngg.net

Eisen- und Stahlindustrie

Verhandelt und abgeschlossen wurde auch in der nordwest- und ostdeutschen Stahlbranche. Die Beschäftigten erhielten zu Beginn des Jahres eine Inflationsausgleichsprämie in Höhe

von 1.500 Euro netto (Auszubildende: 1.000 Euro). Weitere 1.500 Euro (Auszubildende: 800 Euro) sind in Raten bis Ende 2024 auszubezahlen: Seit Februar 2024 bis November gibt es monatliche Zahlungen in Höhe von 150 Euro netto (Auszubildende: jeweils 80 Euro).



Teilzeitbeschäftigte erhalten die Inflationsausgleichsprämie jeweils anteilig. Ab 1. Januar 2025 steigen die Entgelte und die Auszubildendenvergütung um 5,5 Prozent. Der neue Tarifvertrag gilt bei der IG Metall als zukunftsweisend für die Stahlindustrie, da er Optionen für eine Arbeitszeitverkürzung mit Entgeltausgleich beinhaltet. Laufzeit: bis zum 30. September 2025.

www.igmetall.de

Studie: DAX 40 prekär

Große Unternehmen binden sich in Deutschland deutlich häufiger an einen Tarifvertrag als kleinere: 2022 zahlten 72 Prozent der Betriebe mit mehr als 201 Beschäftigten nach Tarif. In der Größenklasse mit 21 bis 50 Beschäftigten waren es dagegen nur 37 Prozent und bei Klein-

betrieben mit weniger als fünf Beschäftigten gerade einmal 16 Prozent. Doch jenseits dieses generellen Musters hat die Tarifbindung selbst bei den Schwergewichten der deutschen Wirtschaft Lücken. Das zeigt eine neue Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung am Beispiel der DAX 40-Unternehmen: Immerhin sieben bzw. 17,5 Prozent der im Top-Börsenindex notierten Konzerne sind überhaupt nicht an einen Tarifvertrag gebunden!



Geht's noch?

Bei anderen Firmen schert man sich wiederum an einzelnen Standorten oder in Tochterunternehmen nicht um die Tarifbindung. Und einfach verfügbare Informationen in Sachen tariflicher Bezahlung in Unternehmen gibt es nur in Einzelfällen. Für mehr Transparenz könnte eine Berichtspflicht sorgen, bei der Großunternehmen angeben müssen, in welchen Konzernsparten ein Tarifvertrag gilt – und welcher das ist. Sie würde auch bei der dringend notwendigen Stärkung des Tarifsystems helfen. **■**

<https://t1p.de/9bnw3>

Den Preis willst du haben

Auch dieses Jahr verleiht die DGB-Jugend beim Deutschen Personalräte-Preis einen Sonderpreis für herausragende JAV-Arbeit. Macht mit!

Preiswürdiges Engagement

Auszubildende können nicht mit den Kolleg*innen in die Kantine, weil die Preise für das Essen inflationsbedingt ins Kraut geschossen sind! Nicht zu glauben? Doch! Und zwar beim Südwestrundfunk. Dessen Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) wollten das ganz und gar nicht akzeptieren und sind dagegen angegangen. Zusammen essen ist Ausbildungsinhalt! Für ihr Engagement verlieh ihnen die DGB-Jugend letztes Jahr ihren Sonderpreis beim Deutschen Personalrätepreis.

Die Preise sind auch 2024 wieder ausgeschrieben. Einsatz und eine hohe Motivation, für die Interessen der Beschäftigten einzutreten – das sind die Triebfedern für erfolgreiche Gremienratsarbeit. Personalvertretungsgremien können selbst die Initiative ergreifen, um die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, deren Arbeitsumfeld oder die sozialen Rahmenbedingungen zu verbessern.

In diesem Rahmen zeichnet die DGB-Jugend wieder beispielhafte JAV-Arbeit und Projekte für jugendliche Beschäftigte und Auszubildende mit ihrem Sonderpreis aus. Die jungen Gewerkschafter*innen machen beim Deutschen Personalräte-Preis Eindruck: Mit der Auszeichnung



Foto: Simone M. Neumann

Macht es wie die JAVen des Südwestrundfunks: Für ihren Einsatz für die Auszubildenden im Betrieb gab es den JAV-Preis der DGB-Jugend 2023!

und Würdigung beispielhafter Projekte wird der Arbeit und dem Einsatz der JAVen Anerkennung und öffentliche Aufmerksamkeit verschafft.

Wer darf mitmachen?

Ihr! Personalratsmitglieder, -gremien und Arbeitsgruppen, dienststellenübergreifende Personalratskooperationen beim Hauptpreis sowie JAVen für den Sonderpreis der DGB-Jugend.

Darum geht's

Die Kriterien für die Bewertung der einzelnen Arbeiten sind u. a. die Umsetzbarkeit und Über-

tragbarkeit der durchgeführten Projekte sowie die konkreten Auswirkungen auf den Alltag in der Dienststelle. Darüber hinaus prüft die Jury alle eingereichten Arbeiten mit Blick auf den Innovationsgrad, Originalität, Nachhaltigkeit und sozialer Einsatz. Jedes eingereichte Projekt nimmt auch automatisch am Wettbewerb um den Sonderpreis der Versicherung HUK-Coburg teil.

Das wird eingereicht

Initiativen für Beschäftigte, die zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen, des Arbeitsumfeldes oder der sozialen Rahmenbedingungen durchgeführt wurden. Eingereicht werden können Projekte und Initiativen aus den Jahren 2022 bis 2024. Das Einreichen mehrerer Projekte ist möglich.

Wie macht man das?

Per Online-Teilnahmebogen! Einsendeschluss ist der 31. Mai 2024. **■**

Alle Infos auf www.dprp.de

Starke Gewerkschaften, starke Forderungen

Auf seiner Jahrespressekonferenz hat der DGB seine Arbeitsschwerpunkte für dieses Jahr vorgestellt.



Wir wachsen

Mit Blick auf die weiterhin unsicheren und spannungsreichen Zeiten hat die DGB-Vorsitzende **Yasmin Fahimi** die Wichtigkeit einer starken Gewerkschaftsbewegung anlässlich der DGB-Jahrespressekonferenz betont: »Wir sorgen dafür, dass sich die Menschen nicht schutzlos ausgeliefert fühlen müssen.«

Das honorierten auch die Beschäftigten. 5.665.671 Mitglieder haben die acht DGB-Gewerkschaften jetzt. Die Zahl der Neueintritte hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 37 Prozent erhöht. »Unsere Mitgliedsgewerkschaften konnten 437.000 Menschen davon überzeugen, dass mit uns einfach mehr drin ist. Mehr Lohn, mehr Freizeit und mehr Sicherheit«, so Fahimi. Sie warnte aber zugleich, dass die Tarifbindung bei den Betrieben abnehme. Mut mache das

große Engagement gegen rechts – für Gewerkschaften ein Teil ihrer DNA: »Wer die Beschäftigten versucht zu spalten, und wer einen Keil in die Belegschaften treibt, stellt sich gegen unser unverrückbares Prinzip der Solidarität.«



Bildungsmaßnahmen

Massive Investitionen in den Bildungsbereich fordert die stellvertretende DGB-Vorsitzende **Elke Hannack**. »Marode Gebäude, zu wenig Lehr- sowie Kita-Personal und letztlich immer wieder dürrtige Plätze in Bildungsrankings – das muss die Politik endlich wahrütteln«, betonte Hannack. Die Bundesregierung müsse endlich die im Koalitionsvertrag versprochenen Maßnahmen umsetzen wie Digitalpakt, Pakt für berufliche Schulen, ein verbessertes BAföG. Die Länder rief Hannack auf, mehr gegen den Fachkräftemangel im Bildungssystem zu tun: »An der Ausbildung und auch an der guten Bezahlung des Personals darf nicht länger gespart werden.« Deutlich mehr Engagement solle die

Bundesregierung auch für die Frauen- und Gleichstellungspolitik zeigen.



Wohnen

DGB-Vorstandsmitglied **Stefan Körzell** fordert mehr Investitionen in Bildung und Infrastruktur. Beim sozialen Wohnungsbau müssten Bund und Länder die öffentlichen Fördermittel eigentlich verdoppeln, damit zumindest die notwendigen 100.000 Sozialwohnungen jährlich entstehen können. Auch schlug er eine weitere Mindestlohnerhöhung vor.



Sozialleistungen

Anja Piel betonte die Rolle des Sozialstaats. »Wer Demokratie will, darf nicht die Sozialleistungen runterschrauben.« Zusage dürften nicht nach Kasernenlage einfach zurückgenommen werden. Die Bundesregierung müsse jetzt die Kindergrundsicherung umsetzen. **■**

Hier läuft nichts nach Plan!

Ihr lernt zu wenig und die Stimmung ist mies? »Dr. Azubi« weiß, was du machen kannst, wenn dein Betrieb nicht richtig ausbildet.

Immer dasselbe

Dir dürfen nur Aufgaben übertragen werden, die Inhalte deiner Ausbildung sind. Schneeschippen, Essen holen und Kaffee kochen dienen nicht deinem Ausbildungsziel. Ewiges Wiederholen der gleichen Ausbildungsinhalte auch nicht: zum Beispiel, wenn du drei Jahre als angehende Medizinische Fachangestellte nur am Empfang sitzt. Mit dem Ausbildungsrahmenplan prüfst du deine Ausbildung inhaltlich und qualitativ. Er legt für jeden Ausbildungsberuf genau fest, was du wann lernen musst. Er muss deinem Ausbildungsvertrag beigelegt werden. Vergleiche ihn mit den Inhalten im Berichtsheft!

Ich bin allein

Oft berichten junge Beschäftigte im »Dr. Azubi«-Forum, dass sie keine Ansprechperson haben (vgl. *Soli aktuell* 2/2024). Im stillen Kämmerchen oder mithilfe des Internets lassen sich Abläufe und Praxisinhalte schlecht erlernen. Auch Mitauszubildende oder Aushilfskräfte sind keine qualifizierten Ansprechpersonen, um einen Beruf zu erlernen. Die Ausbildung hat eine Person durchzuführen, die fachlich sowie persönlich geeignet ist und im Betrieb greifbar sein muss. Diese*r Ausbilder*in ist auch im Ausbildungsvertrag eingetragen.

Ausbilder*in brüllt

Malte, ein angehender Informationskaufmann, schreibt uns: »Ich wurde so fertig gemacht, dass ich zitterte und weinte, nur weil es nicht sauber genug in der Abteilung war.«

Deine Ausbilder*innen müssen fachlich und pädagogisch geeignet sein, auszubilden. Es ist absolut nicht in Ordnung, dich anzuschreien oder sonst wie fertig zu machen. Leider sind cholerische Vorgesetzte keine Seltenheit.

Berichtsheft

Das Berichtsheft muss von deinem Betrieb kostenlos zur Verfügung gestellt, regelmäßig kontrolliert und unterschrieben werden. Dort schreibst du täglich oder wöchentlich, was du im Betrieb gelernt oder eben auch NICHT gelernt hast. Es dient als Lernzielkontrolle und als wichtiger Ausbildungsnachweis. Du brauchst es für die Zulassung zur Prüfung. Da es verpflichtender Teil der Ausbildung ist, darf man es während der Arbeitszeit schreiben.

Überstunden

Mehrarbeit entspricht nicht dem Zweck einer Ausbildung. Die Ausbildungsinhalte können in der vorgegebenen Zeit vermittelt werden. Daher braucht es keine oder nur im Ausnahmefall Überstunden für eine qualifizierte Ausbildung. Arbeitest du andauernd mehr, als es dein Vertrag vorschreibt, kann das ein Hinweis sein, dass du mehr Arbeitskraft als Auszubildende*r bist. Überstunden dürfen in der Ausbildung nicht verpflichtend sein. Wenn sie anfallen, müssen sie dir in Form von Freizeit oder zusätzlicher Vergütung ausgeglichen werden.

Achtung: Wer minderjährig ist, darf nicht mehr als 40 Stunden in der Woche arbeiten, Überstunden sind also überhaupt nur sehr begrenzt möglich.

Berufsschule

Die Berufsschule ist verpflichtender Bestandteil der Ausbildung. Der Betrieb muss dich für die



Termin bei
Dr. Azubi.
Mit Julia Kanzog
doktor-azubi.de

Berufsschule freistellen und dies als Arbeitszeit anrechnen. Nur in Ausnahmefällen darf dich dein Betrieb von der Schule befreien lassen.

Urlaub

Wird dir dein Urlaub nicht gewährt oder umgelegt, dann ist das nicht in Ordnung. Urlaub dient der Erholung, du hast ein Recht darauf, deine Urlaubstage im laufenden Kalenderjahr zu nehmen. Mindestens zwei Wochen Urlaub am Stück sollten in einem Jahr drin sein. Stell deinen Antrag frühzeitig und hol dir Unterstützung, wenn dir dein Urlaub nicht gewährt wird.

Geld fehlt

Die Ausbildungsvergütungen können zwischen Branchen und Betrieben extrem schwanken. Dennoch müssen sie sich nach einem gültigen Tarifvertrag richten, wenn es ihn gibt. Ansonsten darf dein Betrieb die gesetzliche Mindestausbildungsvergütung nicht unterschreiten. Bekommst du zu wenig Vergütung, kommt dein Gehalt unregelmäßig oder bleibt sogar komplett aus, stimmt etwas nicht und du solltest aktiv werden. Schließlich arbeitest du ja nicht für umsonst.

Unterstützung

Was ist, wenn keine gute Ausbildung gewährleistet wird? Das hängt natürlich immer von eurer individuellen Situation ab. Je nach Fortschreiten des Ausbildungsverhältnisses raten wir, zu Beginn in der Probezeit genau hinzusehen, ob sich noch etwas ändert im Betrieb oder nicht. Es ist es sinnvoll, zunächst die Probezeit abzuwarten, um dann das Gespräch mit dem Betrieb zu suchen.

Unterstützung gibt es bei der Jugend- und Auszubildendenvertretung, beim Betriebsrat und bei eurer zuständigen Gewerkschaft. Auch die Kammern haben Ausbildungsberater*innen, die dafür zuständig sind, die Betriebe zu kontrollieren. Bei Verstößen gegen die Arbeitszeit ist die zuständige Gewerbeaufsicht die richtige Anlaufstelle.

Sollte in letzter Konsequenz keine Änderung eintreten, ist ein Ausbildungsplatzwechsel sinnvoll. Sollte die Abschlussprüfung vor der Tür stehen, gilt es Strategien zu finden, die Ausbildung durch z. B. geeignete Nachhilfe abzuschließen. Oder, wenn es gar nicht mehr geht, eine externe Prüfung abzulegen. ▀

»Dr. Azubi«-Extra: Wenn gestreikt wird

Wenn die Kolleg*innen im ÖPNV streiken, Bahnen ausfallen oder nur Ersatzverkehr zur Verfügung steht, ist es in Ordnung, wenn du nicht pünktlich zur Arbeit erscheinst. Allerdings musst du dafür sorgen, dass du die schnellstmögliche Alternative findest. Wenn länger gestreikt wird, musst du eventuell früher los, um rechtzeitig anzukommen.

Wenn Streiks Pünktlichkeit nicht zulassen, gibt es bei der Bahn ein besonderes Formular. Damit kannst du dir bestätigen lassen, dass es wegen des Streiks für dich zu Verzögerungen kam. Keiner darf dir eine Abmahnung verpassen! Du bist nicht schuld daran, dass du nicht zur Arbeit gekommen bist. Wichtig ist aber, dass du deinen Betrieb frühzeitig über die Verspätung informierst. ▀



Streik kann zu Verzögerungen auf dem Weg zur Arbeit führen. Erst recht, wenn man selbst mitstreikt wie am Jugendstreiktag der ver.di Jugend 2023!

Verbesserungen mit Perspektive

Ein Teilerfolg: In Sachsen wurde das duale Studium gesetzlich geregelt. DGB und DGB-Jugend, Gewerkschaften und Studierende hatten für Druck und Öffentlichkeit gesorgt.

Mehr Durchlässigkeit

Der sächsische Landtag hat das »Gesetz zur Weiterentwicklung der Berufsakademie Sachsen zur Dualen Hochschule Sachsen« beschlossen. DGB-Jugend und DGB Sachsen wie auch die DGB-Mitgliedsgewerkschaften haben den Gesetzgebungsprozess intensiv begleitet. Positiv ist, dass nun die Zugangsmöglichkeiten zum dualen Studium erweitert werden. Insgesamt wird es als gut bewertet, dass der Gesetzgeber die Forderung nach der Öffnung des dualen Studiums für Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung aufgegriffen hat. Dies erhöht die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung und erweitert den Zugang zur Hochschule.

Ausgeklübelt

Ein weiterer Erfolg: dass Knebelverträge für Studierende mit dem Gesetz in Zukunft ausgeschlossen werden. »Mit dem Ausschluss von Bindungs- und Rückzahlungsklauseln, der auf Initiative der Gewerkschaften im Gesetzentwurf

aufgenommen wurde, gehen wir in Sachsen einen deutlichen Schritt nach vorn«, sagt der sächsische DGB-Vorsitzende in Sachsen, Markus Schlimbach. Damit müssten die Arbeitgeber den Absolvent*innen künftig ein gutes Angebot zur Weiterbeschäftigung machen, um sie langfristig halten zu können. Bisher sahen Bindungsklauseln in den Studienverträgen vor, dass Absolvent*innen gezwungen waren, nach Abschluss ihres Studiums unter Androhung von Vertragsstrafe für eine gewisse Zeit im Betrieb tätig zu bleiben.

Krankmeldungsverfahren verbessert

DGB-Bezirksjugendsekretär Vincent Drews weist auf einen weiteren Erfolg hin. »Lange überfällig war die Regelung, dass für die krankheitsbedingte Prüfungsabmeldung eine einfache Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung grundsätzlich genügt. Nun müssen Studierende nicht mehr ihre Krankheitssymptome in umfangreichen Gutachten gegenüber der Hochschule offenbaren. Das ist ein großer Erfolg der Studierendenvertretungen und der Gewerkschaften, die an diesem Thema jahrelang gearbeitet ha-

ben.« Diese neue Regelung gilt für Studierende an allen Hochschulen, nicht nur für jene an den dualen Bildungsinstituten.

Der Kampf geht weiter

Eine Mindestvergütung für die dual Studierenden konnte leider nicht erkämpft werden. Aber das wird auch noch geregelt, da ist man sich bei der DGB-Jugend sicher. »Wir werden unsere dual Studierenden weiter nach besten Kräften unterstützen, um in den Studiengängen gute und sichere Bedingungen zu schaffen und zu erhalten sowie die Fragen der Mitbestimmung voranzutreiben«, sagt Drews. ▀

Weitere Infos: <https://sachsen-jugend.dgb.de>



Rockt das duale Studium: DGB-Bezirksjugendsekretär Vincent Drews

Aktivposten

Ein neues Netzwerk für Inklusion in der Jugendarbeit entsteht in der Uckermark. Darauf weist der **Landesjugendring Brandenburg (LJR)** hin. Junge Menschen mit Behinderung verbringen ihre Freizeit häufig nicht im Jugendclub, sondern in speziellen Angeboten der Behindertenhilfe. Schon im Kindergarten fehlen sie, und das setzt sich über Schule, Arbeits-, Freizeit- und Wohnbereich fort. Jugendclubs wie die Braue in Angermünde wollten schon lange für Anpassungen sorgen, doch das Thema Inklusion erscheint oft komplex. Im Jahr 2023 wurde eine Fachstelle ins Leben gerufen, die die Fachkräfte begleitet und unterstützt. Der LJR hatte sich gemeinsam mit Fachverbänden schon lange für Verbesserungen in der Sache eingesetzt.



www.ljr-brandenburg.de

Die bundesweite Vertrauensleute-Kampagne der **GdP** unter dem Motto »Für dich da« ist angelaufen. In zahlreichen Dienststellen, online und in den GdP-Medien wird die Kampagne auf die wichtige und vielfältige Arbeit unserer Vertrauens-



leute aufmerksam machen. Vertrauensleute informieren und beraten die Kolleg*innen im beruflichen Alltag. Sie werben neue Mitglieder, setzen sich für die Interessen von Polizeibeschäftigten ein und helfen insbesondere jungen Beschäftigten, sich in Dienststellen und Betrieben zurechtzufinden.

www.gdp.de

»Feierabend muss Feierabend sein« heißt es bei **jungeNGG**. Die Gewerkschaftsjugend der Hotel- und Gastrobranche weist darauf hin, dass 13 Prozent der jungen Beschäftigten außerhalb ihrer regulären Arbeitszeit unbezahlt für ihren Betrieb arbeiten. Und 28 Prozent mussten sehr häufig auch außerhalb der Arbeitszeit erreichbar sein. Das geht nicht! Das Recht auf Unerreichbarkeit und Feierabend muss endlich durchgesetzt werden.



www.junge-ngg.net

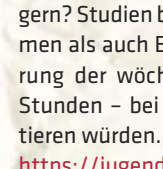
Die neue Ausgabe des **IG Metall-Jugend-Podcasts** »edelmetall« beschäftigt sich mit den Tarifeinsetzungen im »Streikquartier« und anderen Streikmonaten, Antifaschismus, wie man eine Jugendquote bei den

Organisationswahlen durchsetzt und wagt einen Blick in die Bundespolitik: Kollegin Amelie Kastner hat im November letzten Jahres an der Hospitanz für die Gewerkschaftsjunior*innen der SPD-Bundestagsfraktion teilgenommen und konnte sich dabei mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) unterhalten. Solche Hospitanzen gibt es übrigens auch von anderen Parteien.

<https://edelmetall.podigee.io/>

»Na? Morgen schon wieder arbeiten?« fragt die **ver.di Jugend** ganz rhetorisch und antwortet: »Let's talk about Vier-Tage-Woche!« Die Gewerkschaften haben diese Debatte eröffnet. Vielleicht geht ja beides – die eigene Work-Life-Balance verbessern und dabei die Produktivität steigern? Studien belegen, dass sowohl Unternehmen als auch Beschäftigte bei einer Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 32 Stunden – bei vollem Lohnausgleich – profitieren würden.

<https://jugend.verdi.de>



Transformation des Monats

Christoph Hübner und Gabriele Voss haben über 40 Jahre die Veränderungen im Ruhrgebiet beobachtet und Protagonist*innen begleitet. Dabei wird klar: Strukturwandel bedeutet nicht nur, Zechen zu schließen und Landschaften zu rekultivieren, auch der soziale Zusammenhalt der Menschen muss sich neu definieren. Heute fehlt der identitätsstiftende gemeinsame Arbeitgeber, die Kohle und der Stahl. Welche Zukunftschancen haben junge Menschen im Ruhrgebiet?

»Vom Ende eines Zeitalters«. D 2022. Regie: Christoph Hübner, Gabriele Voss. Kinostart: 25. April 2024



Kämpferin: Kurdin Mona ist mit den Eltern aus Syrien nach Berlin geflüchtet, nun geht sie in die Schule. Die Lehrer*innen überlastet, die Schüler*innen frustriert: Nur das Mädchenfußballteam bietet Lösungen für die vertrackte Situation...

»Sieger sein«. D 2024. Regie: Soleen Yusef, mit Sherine Ciara Merai, Dileyla Agirman. Kinostart: 11. April 2024



Nichthelden: »Eigentlich will man zwischen John und Yoko liegen den ganzen Tag und so was gegen Krieg tun; indem man nichts tut«, schreibt Hans-Böckler-Stipendiat Ken Merten in seinem »unheroischen« Debüt-Roman über junge Deutsche in der kurdischen Enklave Rojava. Mitten im Kriegsgebiet stößt der Plan an seine Grenzen.

Ken Merten: Ich glaube jetzt, dass das die Lösung ist; XS-Verlag, Berlin 2024, 248 S., 23 Euro



Standpunkte: Das Lieferkettensorgfaltspflichten-gesetz verpflichtet Unternehmen, ihre Rohstoff- und Warenwege auf mögliche Menschenrechtsverletzungen und Umweltverstöße zu überprüfen. In ihrer neuen Broschüre analysieren die Autor*innen des DGB-Bildungswerks, wie das Lieferkettengesetz umgesetzt wird.

DGB-Bildungswerk (Hg.): Unternehmensverantwortung weltweit. Zum Download auf <https://t1p.de/hb8lo>



Ratgeber: Auch Jahre nach #metoo steht der Kampf gegen sexuelle Belästigung auf der Agenda – leider. Noch immer wird viel zu oft weggeschaut. Der DGB hat die Broschüre zum sexualisierten

Mobbing am Arbeitsplatz für die JAV- und Betriebs-/und Personalratsarbeit.

Im DGB-Bestellshop: <https://t1p.de/zm42x>

**Seminare Hattingen**

Mit Martin Ströhmeier, Leiter der DGB-Jugendbildung

Aktivierende Ansprache. Studierende und Gewerkschaften gehören für dich selbstverständlich zusammen. Wir schauen, welche Organizing-Ansätze es gibt und wie wir Menschen für unsere Organisationen begeistern.

7. bis 9. Juni 2024

Netzwerk Demokratieförderung.

Unsere Tagung dient dem Austausch und der Zusammenarbeit. Wir orientieren uns an gewerkschaftlichen Grundsätzen und arbeiten mit euch als ehren- und hauptamtlich Aktiven eng zusammen, um gemeinsam unsere Ziele umzusetzen!

12. bis 14. Juni 2024

Anmeldungen: www.dgb-jugendbildung.de



soli aktuell abonnieren!

Die **Soli aktuell** ist das Monatsmagazin der DGB-Jugend. Die Redaktion berichtet über alles, was in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit passiert. Du findest darin News und Hintergründe zu Themen, die junge Menschen betreffen. Ob globalisierungskritische Bewegungen, Kampagnen gegen Studiengebühren oder gegen Ausländerfeindlichkeit, Jugendcamps, Workshops oder Digitalisierung – die **Soli aktuell** hält dich auf dem Laufenden in Sachen Jugendpolitik.

Wenn ihr die **Soli aktuell** abonnieren möchtet, einfach im Internet auf jugend.dgb.de/soli-aktuell die Bestellmail ausfüllen und absenden. Abo und Versand sind kostenlos.